



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde im Wahlkreis Gifhorn-Peine,

am Mittwoch hat die Europäische Kommission ihren Vorschlag zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027, dem Haushaltsplan auf europäischer Ebene, vorgelegt. Dazu gehört auch das Konzept für einen europäischen Fonds zur wirtschaftlichen Erholung – auf Basis der deutsch-französischen Initiative der Bundeskanzlerin und des französischen Präsidenten. Wir sind auf starke Partnerländer innerhalb der Europäischen Union angewiesen. Auch deshalb ist europäische Solidarität jetzt das Gebot der Stunde. Im Zentrum sollen Zukunftsinvestitionen in Klimaschutz, Digitalisierung und nachhaltiges Wachstum stehen. Dabei wird der deutsche Haushaltsrahmen ebenso uneingeschränkt geachtet wie die Rechte des Deutschen Bundestages. Die gemeinsame Haftung für Schulden ist ausdrücklich ausgeschlossen.

Wir haben Lust auf eine Zukunft mit mehr Wachstum, mehr Beschäftigung und mehr Lebensqualität – insbesondere auch für Familien mit Kindern. Unsere Rettungspakete und Soforthilfen waren ein erster notwendiger Schritt zur erfolgreichen Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie. Jetzt heißt es Kopf hoch und Blick nach vorne: Was für einen Staat brauchen eigenverantwortliche Bürgerinnen und Bürger und dynamische Unternehmen? Wo können wir als Standort Deutschland neue Produktivität gewinnen – in der Forschung, in der Bildung und der öffentlichen Verwaltung sowie bei der Beschleunigung von Verfahren? Deutschland kann mit den richtigen Prioritäten jetzt vieles richtig machen bei seinem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Neustart. Dafür mache ich mich gemeinsam mit meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen in Berlin stark.

Herzliche Grüße



Bericht aus Berlin

Gesunde Ernährung war Thema im Plenum

Wieder einmal hatte ich die Ehre, im Plenum des Deutschen Bundestages eine Rede zu halten. Diesmal ging es um das Thema gesunde Ernährung.

Nichts im Leben scheint auf den ersten Blick so selbstverständlich und banal wie Essen und Trinken. Dennoch wird kaum etwas anderes so vielseitig und kontrovers diskutiert. Am Montag hatten wir im Bundestag ein Fachgespräch zur Ernährungsforschung. Alle Wissenschaftler waren sich darin einig, dass wir in Deutschland gute, sichere und preisgünstige Lebensmittel zur Verfügung haben. Trotzdem spielen ernährungsbedingte Krankheiten wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes und Adipositas bei der Sterblichkeit hierzulande eine sehr große Rolle.



Der kürzlich vorgelegte Ernährungspolitische Bericht der Bundesregierung zeigt, dass der Bund im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher agiert. Zu den in den letzten Jahren umgesetzten Maßnahmen gehören zum Beispiel der Nutri Score, die Ansätze zur Reduktion der Lebensmittelverschwendung und die Reduktionsstrategie für Zucker, Salz und Fette in Fertigprodukten. In vielen Haushalten spielen leider auch Nahrungsergänzungsmittel eine immer größere Rolle. Diese Supplemente sind nicht genau reguliert, sie sind frei verfügbar und beileibe nicht unproblematisch. Diesem Bereich werden wir uns in den kommenden Wochen intensiv widmen. Wir bleiben dran!

Die komplette Rede zum Nachhören finden Sie mit einem Klick [auf meiner Internetseite](#).



Bericht aus Berlin

Lohnfortzahlung für Eltern wird verlängert

Ich freue mich ganz besonders, dass wir doch noch eine gute Lösung für Eltern und Familien gefunden haben: Mütter und Väter, die ihren Nachwuchs zu Hause betreuen müssen und deswegen nicht arbeiten können, bekommen nun länger die Lohnfortzahlung als dies bisher vorgesehen war. Mit dieser vom Deutschen Bundestag beschlossenen Änderung, die ich bereits in der vergangenen Sitzungswoche mit einer persönlichen Erklärung gefordert habe, dehnen wir die Lohnfortzahlung von sechs auf zehn Wochen pro Elternteil aus.

Ein besonderes Ausgezeichnet haben wir auf Alleinerziehende gelegt: Sie können sogar bis zu 20 Wochen eine Lohnfortzahlung erhalten. Damit bekommen Familien finanzielle Stabilität in dieser schwierigen Zeit.



Förderung von Adoptionen beschlossen

Ziel des Gesetzes, das wir in zweiter und dritter Lesung beschlossen haben, ist es, das Gelingen von Adoptionen zu fördern, damit adoptierte Kinder gut aufwachsen und sich optimal entwickeln können. Die Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten werden unter anderem durch einen Rechtsanspruch auf nachgehende Begleitung durch eine Adoptionsvermittlungsstelle verbessert. Darüber hinaus soll der offene Umgang mit Adoptionen gefördert werden. In familiengerichtlichen Verfahren sollen fachliche Äußerungen künftig nur noch durch eine Adoptionsvermittlungsstelle erfolgen. Auslandsadoptionen werden künftig immer von einer Fachstelle begleitet und unbegleitete Adoptionen aus dem Ausland gänzlich untersagt. Hierfür werden neue Schutzstandards etabliert und ein verpflichtendes Anerkennungsverfahren für ausländische Adoptionsbeschlüsse eingeführt.





Bericht aus Berlin

Mehr Schutz für Arbeitnehmer in Fleischwirtschaft

In den vergangenen Tagen wurde einmal mehr viel über die Missstände in der Fleischwirtschaft diskutiert. Trotz der verschiedenen Maßnahmen zum Arbeitsschutz, die der Bund in den letzten Jahren ergriffen hat, besteht hier weiterer Handlungsbedarf. Deswegen begrüße ich den Beschluss des Bundeskabinetts, mit dem Missstände in der Fleischwirtschaft beseitigt werden sollen. Insbesondere geht es darum, den Missbrauch von Werkverträgen zu unterbinden und die Stammbesellschaft zu stärken. Auch sollen der Arbeitsschutz und die Hygiene in den Unterkünften ausländischer Arbeitnehmer, die in diesem Sektor einen großen Teil der Arbeitskraft ausmachen, erhöht werden.

Die Eckpunkte eines Arbeitsschutzprogramms für die Fleischwirtschaft enthalten u. a. folgende Punkte: Verbot von Werkverträgen in der Fleischwirtschaft, Erhöhung der Überwachungsquote durch die Arbeitsschutzbehörden der Länder, mehr Beratungs- und Informationsangebote in verschiedenen Landessprachen für Beschäftigte, Verdopplung des Bußgeldrahmens des Arbeitszeitgesetzes.

Ein einseitiges Verbot von Werkverträgen für einen Wirtschaftszweig kann ich allerdings nicht gutheißen. Das diskreditiert diejenigen, die dieses Instrument in der Branche verantwortungsvoll nutzen.

Gesundheitlicher Verbraucherschutz wird gestärkt

Der Konsum von Tabak ist eines der bedeutendsten vermeidbaren Gesundheitsrisiken unserer Zeit. Am Freitag haben wir in erster Lesung beraten, wie eine weitere Beschränkung von Tabakwerbung erfolgen kann. Ergänzend zu den bereits bestehenden Werbeverboten z. B. in Hörfunk, Presse und Fernsehen sieht der Entwurf ein Verbot der Außenwerbung für Tabakerzeugnisse vor. Dieses Verbot soll nach Ablauf einer Übergangsfrist am 1. Januar 2022 Anwendung finden. Für Tabakerhitzer soll ein entsprechendes Werbeverbot zum 1. Januar 2023 und für elektronische Zigaretten zum 1. Januar 2024 in Kraft treten.

Darüber hinaus wird künftig in Kinos die Vorführung von Werbefilmen für Tabakerzeugnisse, elektronische Zigaretten und Nachfüllbehälter lediglich im Zusammenhang mit Filmen erlaubt sein, die keine Jugendfreigabe haben. Die kostenlose Verteilung von Tabakerzeugnissen im Rahmen von Werbemaßnahmen wird außerhalb von Geschäftsräumen des einschlägigen Fachhandels ab 2021 verboten. Das Gesetz sieht zudem vor, nikotinfreie elektronische Zigaretten und Nachfüllbehälter den nikotinhaltigen gleichzustellen, soweit dies zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor Gesundheitsschäden erforderlich ist.



Bericht aus Berlin

Persönliche Erklärung zum Wasserhaushaltsgesetz

In einer persönlichen Erklärung habe ich meine Kritik und meine Bedenken zur nun beschlossenen Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes zum Ausdruck gebracht.

Nachstehend können Sie meine Erklärung im Wortlaut nachlesen:

„Persönliche Erklärung gemäß § 31 I der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages zum Tagesordnungspunkt 19

2./3. Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes (19/18469) am 28. Mai 2020

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf des Bundesumweltministeriums wird das Wasserhaushaltsgesetz erneut verschärft. Für die bereits seit Jahren düngungsfrei zu haltenden Randstreifen an hängigen Ackerflächen entlang von Gewässern wird damit die Pflicht zur Begrünung eingeführt – und zwar ohne gesicherten finanziellen Ausgleich.

Aus meiner Sicht stellt dies einen enteignungsgleichen Eingriff für die betroffenen landwirtschaftlichen Betriebe dar. Denn damit wird die Möglichkeit zu einer Bewirtschaftung noch weiter eingeschränkt. Durch die Verankerung im Wasserhaushaltsgesetz wird den Ländern die Möglichkeit zu einer finanziellen Kompensation des betrieblichen Mehraufwandes und Nutzungsverlusts genommen.



Zudem werden bestehende Wasserschutzkooperationen zwischen der Landwirtschaft und der Wasserwirtschaft untergraben und die den Landwirten dafür gezahlten Ausgleichssummen genommen. Kritisch sehe ich auch den drohenden Flickenteppich bei der Umsetzung durch die Bundesländer.

Dem vorliegenden Gesetzentwurf stimme ich zwar zu, gebe aber die oben aufgeführten Bedenken zu Protokoll.“



Bericht aus Berlin

„Leibniz im Bundestag“ — persönlicher Austausch mit der Wissenschaft

Seit nun zwölf Jahren bietet die Leibniz-Gemeinschaft unter dem Motto „Politik und Wissenschaft im Dialog“ das Format „Leibniz im Bundestag“ an. Gebündelt an zwei Tagen haben die Abgeordneten des Deutschen Bundestages die Möglichkeit, sich in 45 Minuten dauernden Einzelgesprächen direkt mit den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Leibniz-Gemeinschaft auszutauschen. In diesem Jahr fanden die Treffen natürlich digital per Videokonferenz statt.

Jeder Abgeordnete hat in der Vorbereitung die Möglichkeit, aus einer Liste von über 500 verschiedenen Themen — von der Bildungsforschung bis zur Ingenieurwissenschaft —, seine Gesprächspartner auszuwählen. Da die Terminkalender, sowohl der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler als auch der Abgeordneten trotz der Pandemie voll sind, vereinbarte ich drei Termine mit passenden Themen zum Wahlkreis, zu meinen Ausschussthemen und aktuellen Diskussionen:

Zunächst wurde mit Dr. Ina E. Bieber vom Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften die Frage thematisiert, warum der Frauenanteil in vielen Parlamenten sinkt. Relevant scheinen an dieser Stelle nicht nur historisch gewachsene Effekte, wie die Vorherrschaft von Männern beim Kampf um Direktmandate oder die scheue Aufstellung einiger Parteien von Frauen auf sicheren Listenplätzen zu sein, sondern auch bestimmte Eigenschaften, die bei Frauen statistisch häufiger zu beobachten sind oder aber auch profane Gründe wie die Terminierung von Parteiveranstaltungen.

Das zweite Gespräch wurde mit Prof. Dr. Heribert Hofer, dem Direktor des Leibniz-Instituts für Zoo- und Wildtierforschung, zur Ursache und den Konsequenzen der Entwicklung der Wolfspopulationen in Deutschland geführt. Hierbei wurden sehr ausgewogen die Vor- und Nachteile einer weiteren Ausbreitung der Wölfe in unserem Land diskutiert und mit interessanten Hintergründen untermauert. Entscheidend erscheint die Frage, wie in diesem Konflikt zwischen Stadt- und Landbevölkerung umgegangen wird und wie viel Wolf wir uns als Gesellschaft „leisten“ wollen.

Das abschließende Gespräch fand mit Dr. Markus Venohr vom Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei statt. Dabei ging es um die Frage, inwiefern die Nährstoffbelastung von Grundwasser durch undichte Kanalisationen gefördert wird. Die Ergebnisse zu seiner wissenschaftlichen Arbeit werden zeitnah veröffentlicht.

Insgesamt drei äußerst spannende Gespräche in einem Format, welches einen sachlichen und vertrauensvollen Austausch zwischen Wissenschaft und Politik ermöglicht und so für neue Erkenntnisse in bekannten Diskussionen sorgt.

Mehr Informationen zur Leibniz-Gemeinschaft finden Sie auf [ihrer Internetseite](#).

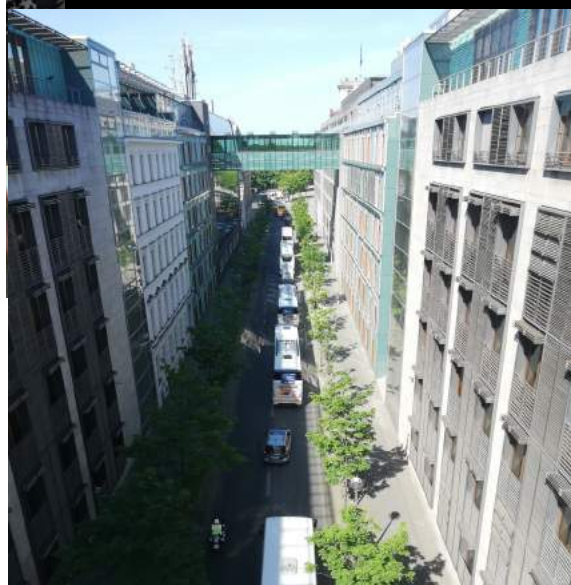


Bericht aus Berlin

Eine bunte Woche in Berlin — Impressionen



„Leibniz im Bundestag“ — dieses Jahr per Videokonferenz.



Reisebusbranche machte am Mittwoch im Berliner Parlamentsviertel auf ihre schwierige Lage aufmerksam.



Absolut ungewöhnliche Landesgruppensitzung im Europasaal des Bundestages statt in der niedersächsischen Landesvertretung.



Bericht aus Berlin

Weiteres aus dem Plenum

Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines Europäischen Instruments zur vorübergehenden Unterstützung bei der Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken in der durch den COVID-19-Ausbruch verursachten Krise (SURE). Einfach gesagt: Das Gesetz ermöglicht für Europa eine Variante der deutschen Kurzarbeit. Die Vorlage zur Schaffung eines EU-Instruments, das Arbeitslosigkeitsrisiken in einer Notlage in Folge des COVID-19-Ausbruchs mindern soll, berieten wir in erster Lesung. Damit sollen EU-Mitgliedstaaten mit günstigen Krediten insbesondere bei Maßnahmen im Bereich der Kurzarbeit oder damit vergleichbaren Maßnahmen unterstützt werden. Zur Finanzierung benötigt die EU von allen Mitgliedstaaten Garantien entsprechend ihrem Anteil am EU-Bruttonationaleinkommen, für Deutschland in der Höhe von knapp 6,4 Milliarden Euro. Die Bundesregierung wird dazu ermächtigt, die hierfür notwendige Bundesgarantie zu übernehmen. Der Bundestag wird halbjährig über die Umsetzung unterrichtet.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der durch die Europäische Union geführten EU NAVFOR Somalia Operation ATALANTA zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias. Angesichts der fragilen politischen Lage in Somalia verlängerten wir das Bundeswehrmandat für den Einsatz vor der Küste Somalias bis zum 31. Mai 2021 mit namentlicher Abstimmung. Der bewaffnete Einsatz der Bundeswehr ist Teil des gemeinsamen Handelns der Europäischen Union und dient dem Schutz der internationalen Seeschifffahrt sowie der Pirateriebekämpfung vor der Küste Somalias. Zwar hat das Engagement der internationalen Gemeinschaft gegen die Piraterie vor der Küste Somalias schon viel bewirkt, dennoch kommt es weiterhin in unregelmäßigen Abständen zu Piratenangriffen in der Region. Insbesondere die unverzichtbaren Transporte des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen sollen durch die Fortsetzung der Mission gesichert werden. Die personelle Obergrenze des Bundeswehrkontingents wird bei 400 Soldatinnen und Soldaten belassen.

Soziale Innovationen stärker fördern und Potenziale effizienter nutzen. Soziale Innovationen (z. B. Mehrgenerationenhäuser, Bürgerbusse, Urban Gardening) bieten Lösungen für vielfältige soziale, ökologische und letztlich auch ökonomische Herausforderungen. Das hier vorhandene Potenzial soll weiter ausgebaut und effektiver genutzt werden. Mit unserem Antrag fordern wir deshalb die Bundesregierung dazu auf, die Rahmenbedingungen für soziale Innovationen zu verbessern und die entsprechenden Akteure stärker zu unterstützen.

Einen Überblick über die ca. 26 Stunden des [Plenarbetriebs diese Woche finden Sie hier](#).



Bericht aus dem Wahlkreis

Meine politische Arbeit in Peine nimmt Fahrt auf

Meine politische Arbeit im Landkreis Peine nimmt ganz langsam und zaghaft Fahrt auf. In der vergangenen Woche konnte ich — unter Einhaltung der Kontaktbeschränkungs- sowie Abstands- und Hygieneregeln — eine Bürgersprechstunde in meinem Wahlkreisbüro in der Freiligrathstraße abhalten. Zu den drängendsten Problemen dieser Tage in der Region zählt natürlich die Zukunft des Klinikums Peine. Wir werden sehen, wie die Verhandlungen des Landkreises mit dem Elisabeth-Vinzenz-Verbund ausgehen. Einstimmigkeit herrschte nach der letzten Kreistagssitzung auch bei der CDU-Fraktion, notfalls auch alleine den Erwerb des Krankenhauses vorzubereiten.

Abschließen möchte ich mit einem kleinen Ausblick auf die kommenden parteipolitischen Termine im zweiten Halbjahr, die natürlich unter Vorbehalt der epidemiologischen Lage stehen:

- Notieren Sie sich gerne den 22. September 2020 – hier findet der CDU Kreisparteitag Peine im Forum (Winkel 30, 31224 Peine) statt.
- Der CDU Landesparteitag Niedersachsen soll vom 6. bis 7. November in Lingen tagen.
- Ungefähr einen Monat später, vom 3. bis 5. Dezember 2020 kommen im Stuttgart die 1001 Delegierte zum CDU-Bundesparteitag zusammen.
- Den Parteitagsabschluss für das Jahr 2020 bildet der CDU Landesverband Braunschweig. Dieser Parteitag findet am 12. Dezember in Goslar statt.

Helene-Weber-Preis geht nach Ohlum

Sehr gefreut habe ich mich über die Auszeichnung von Marion Övermöhle-Mühlbach aus dem Landkreis Peine mit dem Helene-Weber-Preis für ehrenamtlich engagierte Frauen in der Kommunalpolitik! Eine zwölfköpfige Jury entschied in diesem Jahr, welche 14 Preisträgerinnen den Preis erhalten sollen. Dieser wird verliehen für herausragende kommunalpolitische Leistungen in den Bereichen Zivilgesellschaft, Frauen, Gleichstellung und Vielfalt. Zusätzlich sollen die Preisträgerinnen auch Vorbilder für andere Frauen sein, sich in der Kommunalpolitik einzubringen. Mit dem Preis, der vom Bundesfrauenministerium verliehen wird, ist eine konkrete Förderung verbunden: Die ausgezeichneten Frauen erhalten ein Preisgeld, um Aktivitäten vor Ort durchzuführen, ein individuelles Coaching, um ihre politische Karriere zu planen, und Trainings zum Aufbau eines Netzwerkes. Ich bin sehr glücklich, dass Marion Övermöhle-Mühlbach nun voraussichtlich im September den Preis auf meinen Vorschlag überreicht bekommen wird. Herzlichen Glückwunsch!



**Sprechen Sie uns an —
wir sind gerne für Sie da!**

Kontakt/Impressum

Ingrid Pahlmann MdB

Bundestagsbüro Berlin

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 11, 11011 Berlin
Telefon: 030 227-72341
Fax: 030 227-76067
E-Mail: ingrid.pahlmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Gifhorn

Steinweg 5, 38518 Gifhorn
Telefon: 05371 740 69 28
Fax: 05371 937 38 74
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de
Ansprechpartner: Frederick Meyer

Wahlkreisbüro Peine

Freiligrathstraße 4, 31224 Peine
Telefon: 05171 769 92 49
Fax: 05171 150 34
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de
Ansprechpartnerin: Ann-Marie Klaas



Copyright

Bilder:

Kopfzeile S. 2-7: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann; Deutscher Bundestag/Achim Melde
Kopfzeile S. 9: Altes Rathaus Peine: Losch/commons.wikimedia.org; privat; Schloss Gifhorn:

© Anne Bermüller/pixelio.de

Kopfzeile S. 10: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann

Alle weiteren Fotos: privat